

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, POSTFACH 04 06 09, 10063 BERLIN

Sayın Recep Tayyip Erdoğan
Türkiye Cumhuriyeti Başbakanı
Başbakanlık
Necati Bey Cad. No: 108
06100 Bakanlıklar / Ankara

BUNDESGESCHÄFTSSTELLE

Platz vor dem Neuen Tor 1
10115 Berlin
Tel: +49 (30) 28 44 21 49
Fax: +49 (30) 28 44 22 49
buero.roth@gruene.de

TÜRKEI

20. Oktober 2011

Sehr geehrter Ministerpräsident Recep Tayyip *Erdogan*,

als FreundInnen der Türkei und als VertreterInnen der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus Mersins Partnerstädten in Deutschland, wenden wir uns heute mit einem Anliegen an Sie, das viel mit der Zukunft unserer Städte und Länder und globalen Fragen zu tun hat. Sicherlich ist Ihnen bekannt, dass die Entwicklungen im Bereich der Städtepartnerschaften zwischen der Türkei und Deutschland ermutigende Erfolgsgeschichten sind. Die vielfältigen menschlich-freundschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Verbindungen zwischen unseren Ländern werden durch diese Partnerschaften dank der besonderen Nähe der Kommunen zum Alltag der Menschen weiter bereichert. Diese Partnerschaften eröffnen den Menschen neue Perspektiven, sich intensiv auch in Fragen auszutauschen, die bis vor kurzem in die Sphären der hohen Politik gehörten. Denn trotz der zahlreichen Probleme gewinnen unsere Kommunen weiter an Bedeutung als Impulsgeber und Vorbilder in Fragen der Verwaltung und Bürgerbeteiligung, bei der Beantwortung von neuen Herausforderungen in originären kommunalen Aufgabenbereichen, bei Fragen der nachhaltigen Entwicklung von urbanen Räumen bis hin zum kommunalen Engagement im Rahmen einer weltweiten Klimaschutzpolitik und weiteren globalen Herausforderungen.

Mit großer Sorge sehen wir das Bestreben Ihrer Regierung in die Nutzung der Atomenergie einzusteigen, gerade in der Region unserer Partnerstadt Mersin. Wir sind uns bewusst, dass jedes Land die Entscheidungskompetenz für die eigene Energiepolitik hat. Bei der Wahrnehmung dieser eigenen Interessen ist es jedoch umso wichtiger, insbesondere die Interessen der eigenen Bevölkerung, sowie der möglichen Auswirkungen auch im Ausland umfassend in den Blick zu nehmen.

In Deutschland hat sich die Bevölkerung und inzwischen auch parteiübergreifend die Politik von der Nutzung der Atomenergie abgewendet. Dafür gibt es sehr gute Gründe: Weder sind Atomkraftwerke sicher zu betreiben, noch gibt es eine sichere Endlagerung der atomaren Abfälle. Aus dieser Erkenntnis heraus ist der Neubau von Atomkraftwerken in Deutschland seit 2002 nicht mehr erlaubt

Der Plan, die ersten vier Atomreaktoren ausgerechnet in einem Erdbebengebiet am Standort Akkuyu zu errichten, verstärkt unsere Sorgen deutlich. Nicht nur die verheerende Katastrophe in Fukushima, sondern auch viele alltägliche Erfahrungen aus Deutschland sollten uns weltweit

Bankverbindung:

Bank: GLS-Bank, Kontonummer: 8035 815 900, Bankleitzahl: 430 609 67
Steuernummer: 27/650/52494 beim Finanzamt für Körperschaften Berlin

www.gruene.de

eine Lehre sein, Atomkraftwerke nicht in Erdbebengebiete zu bauen. Erdbeben sind in der Realität häufig stärker als vorab angenommen und die tatsächlichen Auslegungen eines Atomkraftwerkes entsprechen häufig nicht den Vorgaben auf dem Papier. So wurde das Atomkraftwerk Mülheim-Kärlich von einem Gericht still gelegt, da die in der Realität mögliche Erdbebenstärke größer war als noch beim Bau des Atomkraftwerks angenommen wurde. Jahre später wurde bei einigen Atomkraftwerken festgestellt, dass Kühlleitungen nicht ausreichend befestigt oder Dübel deutlich kleiner als vorgesehen waren. Weitere Beispiele, wie die Nutzung minderwertigen Betons, ließen sich auch für aktuelle Neubauten, wie den EPR-Reaktoren in Finnland und Frankreich, nennen. Dabei entpuppt sich der Bau des finnischen Reaktors immer mehr zum Finanzproblem, da die Baukosten gegenüber den Planungen drastisch angestiegen sind und die vor Jahren geplante Inbetriebnahme bis heute nicht erfolgen konnte.

Neben diesen allgemeinen Einwänden spricht auch der für Akkuyu ausgewählte russische Reaktortyp gegen den Bau in der Region. Er ist bislang unerprobt und es bestehen keinerlei Erfahrungen im Zusammenhang mit Erdbeben. Auch Rosatom kann keine umfassenden Erfahrungen mit Erdbeben nachweisen. Zudem scheinen sowohl die Betreiber als auch die türkische Regierung kein Interesse daran zu zeigen, das Reaktordesign im Detail transparent zu machen und damit eine unabhängige Überprüfung von Experten zu ermöglichen. Sowohl die geplante als auch die reale Auslegung dürften Experten und der Öffentlichkeit verborgen bleiben. Besonders bedenklich erscheint uns, dass die türkische Regierung beschlossen hat, Atomkraftwerke vom sonst vorgeschriebenen Verfahren der Umweltverträglichkeitsprüfung auszunehmen. Die Interessen des Atomkraftwerksbetreibers scheinen hier höher gewichtet als die der türkischen Bevölkerung.

Sehr vernachlässigt wird bei der Betrachtung der Sicherheit von Atomkraftwerken zudem die Gefahr von Anschlägen. Gerade die Türkei hat in den letzten Jahrzehnten große Opfer erlitten. Umso mehr sollte die Türkei darauf bedacht sein, keine neuen Ziele für Anschläge zu bieten, bei dem sie den Menschen in der Türkei, ihrer Natur und auch den Nachbarn immensen Schaden zufügen können. Bereits heute sind Atomkraftwerke durch entführte Flugzeuge, Cyberterrorismus oder Panzerabwehrwaffen verwundbar. Der unterhalb von Hügeln und am Strand gelegene Standort Akkuyu bietet einen besonders einfachen Zugang für einen Angriff auf die Reaktoren. Bei einem Atomkraftwerk, das auch noch nach der Mitte der Jahrhunderthälfte betrieben werden soll, ist es unmöglich, sich gegen alle möglichen Angriffsvarianten der kommenden Jahrzehnte zu wappnen. Dieses Risiko ist vollkommen unabsehbar und wird letztlich von der türkischen Bevölkerung getragen.

Erfahrungen aus Deutschland zeigen, dass vor allem das Atommüllproblem vielseitig unterschätzt wurde. Die geologischen Probleme sind viel größer als noch vor Jahrzehnten angenommen und die Kosten viel höher. Jedes Land sollte sich sehr gut überlegen, ob es sich über hunderttausende Jahre Probleme auflädt, für die es keinen zwingenden Grund gibt.

Die Türkei ist, noch weniger als andere Länder, auf Energie aus Atomkraftwerke angewiesen. Die Erneuerbaren Energien haben gerade hier Potenziale, von denen andere Länder, darunter auch Deutschland nur träumen können. Erneuerbare Energien sind auch aus finanziellen Gesichtspunkten vorteilhaft gegenüber Atomkraftwerken. So ist heute die Stromerzeugung aus neuen Solar- oder Windparks kostengünstiger als aus einem neu zu errichtenden Atomkraftwerk. Wir müssen heute davon ausgehen, dass das vorgesehene Atomkraftwerk zum Zeitpunkt seiner Fertigstellung den Strom deutlich teurer produzieren wird, als Windenergie- und Solaranlagen. Die Türkei geht mit dem Atomkraftwerk somit nicht nur hohe Risiken ein, sondern lädt sich auch unnötig hohe Stromkosten auf. Neben den hohen Stromkosten fallen zusätzlich hohe Entsorgungskosten für den Atommüll an. Kosten, die es bei Erneuerbare Energien gar nicht gibt. Es bleibt ein Rätsel, wer am Ende außer Rosatom davon einen Vorteil haben soll. Vor allem, wenn mitbedacht wird, dass sich Rosatom bereits jetzt, vertraglich einen hohen Abnah-

mepreis für den Strom hat zusichern lassen. Die Risiken liegen damit nahezu vollständig auf der türkischen Seite.

Besonders große Risiken tragen dabei die Regionen Mersin und Antalya. Im Falle einer nuklearen Katastrophe müssten ähnlich wie in Japan viele tausend Menschen umgesiedelt werden, Touristen würden die Region auf unabsehbare Zeit meiden und türkischer Fisch wäre außerhalb des Landes unverkäuflich. Aber auch schon kleinere Unfälle, wie das Auslaufen radioaktiver Behälter, wie sie in Atomkraftwerken immer wieder vorkommen, dürfte viele Touristen abschrecken.

Im Interesse der Türkei und unserer Partnerstadt Mersin appellieren wir daher an Sie, den Standort Akkuyu aufzugeben und auf Erneuerbare und zukunftsgewandte Energien zu setzen.

Zu einem weiteren Austausch stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Claudia Roth, MdB

Parteivorsitzende, Bündnis90/Die Grünen

Hans-Josef Fell, MdB

Sprecher für Energiepolitik der Bundestagsfraktion von Bündnis90/Die Grünen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Oberhausen

Andreas Blanke, Vorstandssprecher

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Neustadt an der Weinstraße

Corinna Kastl-Breitner, Vorstandssprecherin

Waltraud Blarr, Fraktionsvorsitzende

Freundschaftsverein Berlin-Mersin

Rudi Blom, Vorsitzender